

Klingemann, Hans-Dieter

Book Part — Digitized Version

Die programmatischen Profile der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland: eine quantitative Inhaltsanalyse der Wahlprogramme von SPD, FDP und CDU von 1949 bis 1987

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klingemann, Hans-Dieter (1989) : Die programmatischen Profile der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland: eine quantitative Inhaltsanalyse der Wahlprogramme von SPD, FDP und CDU von 1949 bis 1987, In: Dietrich Herzog, Bernhard Weßels (Ed.): Konfliktpotentiale und Konsensstrategien: Beiträge zur politischen Soziologie der Bundesrepublik, ISBN 3-531-12033-6, Westdeutscher Verlag, Opladen, pp. 99-115

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122736>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Die programmatischen Profile der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Eine quantitative Inhaltsanalyse der Wahlprogramme von SPD, FDP und CDU von 1949 bis 1987

1. Einleitung
2. Fragestellung
3. Datenbasis und Methode
4. Was stand auf der Agenda der bundesdeutschen Politik?
5. Ständen für den Bürger politisch bedeutsame Alternativen zur Wahl?
6. Politikdistanzen und Koalitionspotentiale
7. Zusammenfassung

1. Einleitung

Programmatik ist ein konstitutives Merkmal politischer Parteien. Durch ihre Programmatik gewinnt und sichert eine Partei ihre politische Identität. In den Programmen werden die politischen Ziele herausgestellt und festgeschrieben, die für die Parteimitglieder verbindlich sein sollen, für die eine Partei bei Wahlen um Unterstützung wirbt und die sie, nach dem Erwerb von Regierungsmacht, zu verwirklichen trachtet.

Es gibt verschiedene Arten politischer Programme, die nach folgenden Kriterien unterschieden werden können: 1. nach dem Grad der Konkretisierung der politischen Ziele, 2. nach dem Grad der Handlungsorientierung, 3. nach der Weite ihres Zeithorizontes, 4. nach der Zahl der in ihnen behandelten Politikbereiche, und 5. nach dem Grad ihrer Verbindlichkeit.

In der politischen Praxis der Bundesrepublik Deutschland sind vor allem drei Typen von Parteiprogrammen zu beobachten: das Grundsatzprogramm, das Wahlprogramm und das sich auf einzelne Politikbereiche beziehende Aktionsprogramm. Das Grundsatzprogramm zeichnet sich durch die Darlegung des gesamtpolitischen Leitbildes der Partei, durch eine geringe Handlungsorientierung, durch einen weiten Zeithorizont, die Behandlung einer Vielzahl von Politikbereichen und einen hohen Grad an Verbindlichkeit aus. Die Sozialdemokraten haben im Godesberger Programm von 1959 und die Christlichen Demokraten im Ludwigshafener Programm von 1978 festgehalten, welche Leitvorstellungen für sie, über die Tagespolitik hinaus, Geltung haben sollen. In den Wahlprogrammen finden sich vorwiegend Stellungnahmen zu konkreten Fragen der Gegenwart, ein hoher Grad an Handlungsorientierung und ein begrenzter Zeitrahmen, in der Regel eine Legislaturperiode. Sie sind, ebenso wie die Grundsatzprogramme, hinsichtlich der Politikbereiche umfassend angelegt und in der Regel durch Parteitagbeschlüß legitimiert. Alle im Bundestag vertretenen Parteien haben seit 1949 vor den Bundestagswahlen Wahlprogramme vorgelegt. Eine Ausnahme machten die Freien Demokraten im Wahljahr 1965, als es ihnen nicht gelang, ihre Partei auf ein Programm zu verpflichten. Erst zwei Jahre später konnten sie sich auf ein mehrheitlich getragenes

Programm einigen. Aktionsprogramme beschränken sich auf ausgewählte Politikbereiche, besitzen aber sonst alle Merkmale, die auch Wahlprogramme kennzeichnen. Sie werden allerdings nicht nur anlässlich von Wahlen erarbeitet und können, was den Grad der Verbindlichkeit anbetrifft, auch lediglich den Charakter von Empfehlungen haben. Die Gesamtheit aller dieser Dokumente formt das programmatische Profil einer Partei.

2. Fragestellung

In diesem Beitrag beschäftigen wir uns mit den Wahlprogrammen, die die SPD, die FDP und die CDU seit 1949 zu den Bundestagswahlen vorgelegt haben. Es gilt, die folgenden drei Fragen zu beantworten:

1. Was stand auf der Agenda der bundesdeutschen Politik? Welche politischen Prioritäten haben die Parteien in ihren Wahlprogrammen gesetzt? Wie haben sie die relative Wichtigkeit der großen Politikbereiche eingeschätzt?
2. Hatte der Bürger politische Alternativen oder waren wir auf dem Wege zum Einparteiensstaat? Wie unterschiedlich waren die programmatischen Profile der drei Parteien, die die Politik seit 1949 wesentlich gestaltet haben?
3. Wie stand es um das Koalitionspotential zwischen den Parteien? Wie sind die Politikdistanzen einzuschätzen?

Die Antworten auf diese Fragen sind nicht nur von deskriptivem Interesse. Sie haben unmittelbaren Bezug zu Theorien über den Charakter der politischen Parteien und die Art des Parteienwettbewerbs.

3. Datenbasis und Methode

Ausgangsmaterial der Analyse sind die 33 Wahlprogramme, die SPD, FDP und CDU anlässlich der seit 1949 abgehaltenen elf Bundestagswahlen vorgelegt haben. Sie umfassen insgesamt 807 Druckseiten. Die Länge der einzelnen Programme ist nicht unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung. Generell gilt, daß die Parteien ab Mitte der siebziger Jahre ausführlichere Wahlprogramme vorgelegt haben.

Um die umfangreichen Texte systematisch aufschließen und umfassend darstellen zu können, wurde die Methode der quantitativen Inhaltsanalyse gewählt. Einheit der Verschlüsselung war das einzelne, von den Parteien in den Wahlprogrammen benannte politische Problem. Es ist definiert als eine Aussage über ein Defizit (etwas Gewünschtes ist nicht oder zu wenig vorhanden und umgekehrt), die Feststellung eines Handlungsbedarfs (es sollte gehandelt/nicht gehandelt werden) oder als Äußerung einer Handlungsabsicht (wir werden handeln/nicht handeln). Jedes so bestimmte politische Problem wurde einem Politikbereich und innerhalb des Politikbereichs bestimmten Themen zugeordnet, die in unterschiedlichem Maße positionsbezogen sind. So impliziert zum Beispiel das Thema "Soziale Marktwirtschaft" eine wirtschaftspolitische Position, während das beim Thema "Allgemeine Wirtschaftspolitik" nicht der Fall ist. Das hier verwendete

Klassifikationsschema unterscheidet vier Politikbereiche und 17 Themen. Um das umfangreiche Material übersichtlich darstellen zu können, wurde die Vielfalt der politischen Probleme auf nur wenige Themen reduziert.

Die Zusammenfassung der politischen Probleme nach Politikbereichen folgt der Logik einer systemtheoretisch orientierten Sichtweise. Mit der Unterscheidung von Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sind die wichtigsten Subsysteme des Gemeinwesens benannt. Daneben wird der außenpolitische Politikbereich betrachtet, der hier auch die verteidigungspolitischen Probleme umfaßt. Unter den innerhalb der Politikbereiche unterschiedenen Themen sind "Freiheit" und "Demokratie" im Bereich der Staatspolitik, "Soziale Marktwirtschaft" und "Energie- und Umweltpolitik" im Bereich der Wirtschaftspolitik, "Wohlfahrtsstaat" und "Soziale Gemeinschaft" im Bereich der Gesellschaftspolitik sowie die "Friedens- und Entspannungspolitik" im außenpolitischen Bereich als stärker positionsbezogen einzustufen (s. Tabelle 1).

Tabelle 1: Politikbereiche und Themen. Das Klassifikationsschema für die quantitative Inhaltsanalyse der Wahlprogramme

Politikbereiche	Themen
1.0 Staatspolitik	1.1 Allgemeine Staatspolitik 1.2 Freiheit 1.3 Demokratie 1.4 Rechts- und Verfassungspolitik
2.0 Wirtschaftspolitik	2.1 Allgemeine Wirtschaftspolitik 2.2 Soziale Marktwirtschaft 2.3 Energie- und Umweltpolitik 2.4 Agrarpolitik
3.0 Gesellschaftspolitik	3.1 Allgemeine Gesellschaftspolitik 3.2 Soziale Gemeinschaft 3.3 Wohlfahrtsstaat 3.4 Arbeits- und Beschaeftigungspolitik 3.5 Bildungspolitik
4.0 Außenpolitik	4.1 Allgemeine Außenpolitik 4.2 Ost- und Deutschlandpolitik 4.3 Friedens- und Entspannungspolitik 4.4 West- und Bündnispolitik

Tabelle 2: Die Wahlprogramme. Quellen für die quantitative Inhaltsanalyse

	SPD	FDP	CDU
1949	Wahlaufruf 1949 in: Neuer Vorwärts 16.07.1949 (49)	Bremer Plattform Bremen 11.-12.06.1949 (107)	Düsseldorfer Leitsätze Frankfurt a.M. 15.07.1949 (147)
1953	Wahlprogramm Frankfurt a.M. 15.05.1953 (81)	Wahlprogramm Lübeck 26.-28.06.1953 (89)	Hamburger Programm Hamburg 18.-22.04.1953 (121)
1957	Wahlprogramm Hrsg. Vorstand der SPD, Bonn 1957 (68)	Aktionsprogramm Hamburg 05.06.1957 (69)	Manifest Hamburg 11.-15.05.1957 (18)
1961	Regierungsprogramm Bonn 28.04.1961 (172)	Aufruf zur Bundestagswahl Frankfurt a.M. 23.-25.03.1961 (107)	Kölnener Manifest Köln 24.-27.04.1961 (43)
1965	Erklärung der Regierungsmannschaft zur Bundestagswahl Bonn 08.01.1965 (439)	Hannoveraner Aktionsprogramm (107 Thesen) Hannover 1967 (212)	Düsseldorfer Erklärung Düsseldorf 28.-31.03.1965 (17)
1969	Regierungsprogramm Bad Godesberg 16.-18.04.1969 (115)	Wahlprogramm Nürnberg 23.-25.06.1969 (150)	Wahlprogramm Essen 08.07.1969 (118)
1972	Wahlprogramm Dortmund 12.-13.10.1972 (180)	Wahlaufruf Freiburg 23.-25.10.1972 (26)	Regierungsprogramm Wiesbaden 09.-11.10.1972 (175)

	SPD	FDP	CDU
1976	Regierungsprogramm Dortmund 18.-19.06.1976 (202)	Wahlprogramm Freiburg 31.05.1976 (235)	Wahlprogramm Hannover 24.-26.05.1976 (179)
1980	Wahlprogramm Essen 09.-10.06.1980 (285)	Wahlprogramm Freiburg 07.06.1980 (645)	Wahlprogramm Berlin 19.-20.05.1980 (264)
1983	Regierungsprogramm Dortmund 21.01.1983 (237)	Wahlaussage Freiburg 29.-30.01.1983 (275)	Wahlprogramm Hrsg. CDU-Bundesgeschäftsstelle Bonn o.J. (137)
1987	Regierungsprogramm 1987-1990 Offenburg 25.10.86 (281)	Wahlprogramm Augsburg 13.09.86 (205)	Wahlprogramm Hrsg. CDU-Bundesgeschäftsstelle Bonn 10.11.86 (273)

Zahlen in Klammern: Anzahl der Probleme

Insgesamt wurden in den Wahlprogrammen der SPD 2109, in denen der FDP 2120 und in denen der CDU 1492 politische Probleme identifiziert und klassifiziert. Wie nach der unterschiedlichen Länge der einzelnen Wahlprogramme zu vermuten, verteilen sich die politischen Probleme für keine der drei betrachteten Parteien gleich häufig auf die elf Beobachtungszeitpunkte. Das gilt besonders für die CDU, die in den Jahren 1957, 1961 und 1965 extrem kurze Programme vorgelegt hat. Da das Wahlprogramm Einheit der Analyse sein soll und wir die einzelnen Wahlprogramme gleichgewichtig behandeln wollen, muß die Ungleichverteilung korrigiert werden. Dies gelingt leicht, wenn man die Summe der in einem je spezifischen Programm identifizierten Probleme als Basis nimmt und die Häufigkeit des Auftretens eines bestimmten Themas als Prozentsatz, bezogen auf diese Basis, ausdrückt. Den Prozentsatz betrachten wir als Indikator für den Grad der Wichtigkeit, den eine Partei einem bestimmten Thema zu einem bestimmten Wahlzeitpunkt beimißt. Die Ausgangsbasis der empirischen Analyse besteht also in einer dreidimensionalen Datenmatrix mit insgesamt 561 Zellen (3 Parteien, 11 Zeitpunkte, 17 Kategorien; $3 \times 11 \times 17 = 561$). Wir werden in diesem Beitrag die Zeitdimension allerdings weitgehend vernachlässigen und Durchschnittswerte präsentieren, die alle für den Zeitraum von 1949 bis 1987 verfügbaren Informationen zusammenfassen (s. Tabelle 2).

4. Was stand auf der Agenda der bundesdeutschen Politik?

Die Frage nach den Themen der bundesdeutschen Politik wird hier aus der Perspektive der drei politischen Parteien betrachtet, die die deutsche Politik nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich geprägt haben. Wir gehen dabei, wie bereits ausgeführt, davon aus, daß sich erstens der Problemhaushalt des Gemeinwesens in den Wahlprogrammen dieser Parteien niedergeschlagen hat und daß zweitens der relative Umfang der Behandlung eines Themas in den Wahlprogrammen als Indikator für die Wichtigkeit eines Themas dienen kann. Worum ging es also, unter den genannten Prämissen, der CDU, FDP und SPD in den Bundestagswahlen von 1949 bis 1987?

Tabelle 3: Die Agenda der bundesdeutschen Politik. Das durchschnittliche Gewicht der Politikbereiche in den Wahlprogrammen von SPD, FDP und CDU 1949 - 1987

Politikbereich	SPD			FDP			CDU		
	\bar{x} ¹⁾	SD ²⁾	Trend ³⁾	\bar{x}	SD	Trend	\bar{x}	SD	Trend
Staatspolitik	14	3.7	-.14	18	5.3	.27	11 (11) ⁴⁾	4.9 (4.0) ⁴⁾	.41 (.28) ⁴⁾
Wirtschaftspolitik	22	5.1	.00	25	5.8	-.00	26 (25)	11.5 (5.2)	-.47 (-.47)
Gesellschaftspolitik	45	5.9	-.15	40	8.8	-.24	39 (41)	10.8 (6.7)	-.17 (-.39)
Aussenpolitik	19	5.1	.27	17	5.9	.13	24 (22)	16.3 (6.9)	.33 (.58)
N ⁵⁾		11			11			11 (9)	

1) Mittelwert 1949 - 1987

2) Standardabweichung

3) Trend (r) Korrelation mit dem Wahlzeitpunkt

4) Ohne 1949 und 1965

5) Anzahl der Wahlprogramme

Beantwortet man die Frage auf der Ebene der vier großen Politikbereiche, dann kann man einen hohen Grad an Gemeinsamkeit zwischen den Parteien feststellen. Die Rangfolge der Wichtigkeit der Politikbereiche ist nahezu identisch. Die größte Bedeutung hatte für alle drei Parteien die Gesellschaftspolitik, gefolgt von der Wirtschafts-, Außen- und Staatspolitik. Zwar ist den Liberalen, im Gegensatz zu den beiden anderen Par-

teien, die Staatspolitik (18 Prozent) etwas wichtiger als die Außenpolitik (17 Prozent), doch ist dieser Unterschied zu geringfügig, als daß man von einer zwischen den Parteien deutlich verschiedenen Rangfolge der Wichtigkeit der Politikbereiche sprechen könnte.

Betrachtet man nicht nur die Rangfolge, sondern auch die durchschnittliche relative Wichtigkeit der Politikbereiche, dann kann das Ergebnis weiter differenziert werden: Die SPD (45 Prozent) betonte die Gesellschaftspolitik stärker als die FDP (41 Prozent) und die CDU (39 Prozent); die CDU (26 Prozent) stellte die Wirtschaftspolitik eher heraus als die FDP (24 Prozent) und die SPD (22 Prozent); die Außenpolitik war der CDU (24 Prozent) wichtiger als der SPD (19 Prozent) und der FDP (17 Prozent), und an der Staatspolitik zeigte die FDP (18 Prozent) ein deutlich höheres Interesse als die SPD (14 Prozent) und die CDU (11 Prozent). Die Unterschiede in den relativen Wichtigkeiten entsprechen weitgehend dem Alltagsverständnis vom programmatischen Profil dieser drei Parteien; sie erscheinen plausibel. Die Parteien akzentuieren also solche Politikbereiche, die ihnen aufgrund ihrer Geschichte und der von ihnen vertretenen Grundwerte besonders wichtig sind. Das ist für die SPD die Gesellschaftspolitik, für die FDP die Staatspolitik und für die CDU die Wirtschaftspolitik. Dies modifiziert, ändert aber prinzipiell nichts an dem Ergebnis, daß die Gesellschaftspolitik für alle drei Parteien Punkt eins auf der Tagesordnung der deutschen Politik gewesen ist und daß die Bereiche der Wirtschafts-, der Außen- und der Staatspolitik - in dieser Reihenfolge - die folgenden Plätze belegt haben (s. Tabelle 3).

Auch auf der Ebene der Themen zeigt sich das Gewicht der Gesellschafts- und der Wirtschaftspolitik. Von den fünf wichtigsten Themen, auf die fünfzig Prozent der Probleme entfallen, gehört nur das an fünfter Stelle stehende Thema "West- und Bündnispolitik" nicht dazu (vgl. Tabelle 7).

Die interpretierten Durchschnittswerte verdecken, darauf hatten wir bereits hingewiesen, die Variation der Zahlenwerte im Zeitverlauf. Im Falle der CDU ist diese Variation, wie die Standardabweichung zeigt (vgl. Tabelle 3), beträchtlich. Der Grund dafür liegt im wesentlichen darin, daß die Partei in den Jahren 1949 und 1965 Programme vorgelegt hat, die, untypischerweise, bestimmte Politikbereiche in besonderer Weise herausheben. So waren die Düsseldorfer Leitsätze aus dem Jahr 1949 fast ausschließlich der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gewidmet ("Soziale Marktwirtschaft"), während die Düsseldorfer Erklärung vom 31. März 1965 vornehmlich außenpolitische, insbesondere ost- und deutschlandpolitische, Fragen behandelt. Schließt man diese beiden Programme aus der Berechnung aus, dann geht die Schwankungsbreite der Werte deutlich zurück (vgl. Tabelle 3). Statistisch signifikante lineare Beziehungen zwischen dem Gewicht der Politikbereiche und dem Zeitverlauf sind nicht zu finden. Dennoch lassen sich aus den Korrelationskoeffizienten Tendenzen ablesen. Für alle Parteien nimmt das Gewicht der Außenpolitik im Zeitverlauf zu und das der Gesellschaftspolitik ab. Im Falle der Wirtschaftspolitik ergibt sich für die SPD und die FDP kein, für die CDU dagegen ein negativer Trend. Für die Bewertung dieses Befunds muß allerdings beachtet werden, daß wir die Energie- und Umweltpolitik dem Bereich der Wirtschafts-, nicht der Gesellschaftspolitik zugerechnet haben. Verfäht man umgekehrt, so ergibt sich ein anderes Bild: Das Gewicht der Wirtschaftspolitik nimmt dann auch bei der SPD und der FDP im

Zeitverlauf ab (SPD -.72; FDP -.70; CDU -.65), für die Gesellschaftspolitik verschwindet die negative Beziehung (SPD .45; FDP .30; CDU .08). Die Staatspolitik schließlich gewinnt bei CDU und FDP an Wichtigkeit, während sie bei der SPD leicht abnimmt.

Da wir uns hier zunächst auf die Darstellung der modalen Strukturen beschränken wollen, werden wir die skizzierten Variationen und Trends nicht weiter verfolgen.

5. Ständen für den Bürger politisch bedeutsame Alternativen zur Wahl?

Die weitgehende Übereinstimmung der Rangordnung der großen Politikbereiche in den Wahlprogrammen erlaubt noch nicht den Schluß, daß sich die drei Parteien auch hinsichtlich der Schwerpunkte, die sie den einzelnen Themen in den Politikbereichen eingeräumt haben, einig gewesen sind. Unsere Daten zeigen, daß die programmatischen Profile der drei Parteien durchaus Unterschiede aufweisen.

Das Ergebnis der Analyse ist in Tabelle 4 dargestellt. Um die auf die einzelnen Themen bezogenen Unterschiede zwischen den Parteien deutlich zu machen, haben wir eine Maßzahl gebildet, die ausdrückt, ob die jeweilige Partei das Thema über- oder unterdurchschnittlich betont. Das Vorgehen bei der Berechnung der Maßzahl soll an einem Beispiel erläutert werden: Im Bereich der "Staatspolitik" bezogen sich bei der SPD sieben Prozent der insgesamt genannten staatspolitischen Probleme auf das Thema "Freiheit"; bei der FDP waren es 23 Prozent, bei der CDU 19 Prozent. Im Durchschnitt entfielen auf dieses Thema also 16 Prozent der staatspolitischen Probleme $((7+23+19):3=16)$. Nimmt man diesen Durchschnitt als Basis (=100), dann ergeben sich für das Freiheitsthema die folgenden Indexpunkte: 44 für die SPD $(7 \times 100 : 16 = 43.7)$, 144 für die FDP und 119 für die CDU. Der Vorteil unserer Maßzahl besteht darin, daß die Unterschiede zwischen den Themen und den Parteien unmittelbar miteinander verglichen werden können.

Im Bereich der Staatspolitik unterscheiden wir neben den eher positionsunspezifischen Themen "Rechts- und Verfassungspolitik" und "Allgemeine Staatspolitik" die beiden positionsbezogenen Themen "Freiheit" und "Demokratie". Die Sicherung der Freiheitsrechte der Bürger und Schutz vor staatlicher Reglementierung waren die Leitmotive des Freiheitsthemas. Die Einrichtung und Sicherung demokratischer Institutionen sowie die Forderung nach Bürgerbeteiligung charakterisierten das Demokratiethema. In der Staatspolitik dominierten die eher positionsunspezifischen Themen ("Rechts- und Verfassungspolitik": 41 Prozent; "Allgemeine Staatspolitik": 31 Prozent). Insgesamt wurden also im Bereich Staatspolitik in den Wahlprogrammen in erster Linie allgemeine rechtspolitische Fragen erörtert. Die Beschäftigung mit den Themen "Freiheit" (16 Prozent) und "Demokratie" (12 Prozent) war deutlich geringer. Die relativ größten Unterschiede zwischen den Parteien ergaben sich jedoch gerade für diese beiden positionsbezogenen Themen. Die Freien Demokraten betonten die Gestaltungsprinzipien der "Freiheit" (144) und der "Demokratie" (125). Die Christdemokraten hoben, ebenso wie die Freien Demokraten, das Freiheitsthema (119) überdurchschnittlich oft heraus, erwähnten demgegenüber aber das Demokratiethema (50) weniger. Bei den Sozialdemo-

kraten lag der Sachverhalt genau umgekehrt (Freiheit 44; Demokratie 117). Die FDP präsentierte sich als die "Staatspartei". Für die SPD wog im Vergleich zur CDU das Demokratiethema, für die CDU im Vergleich zur SPD das Freiheitsthema schwerer. Der Befund deckt sich mit der in der Literatur gängigen programmatischen Klassifizierung der drei Parteien.

In der Wirtschaftspolitik stand das eher positionsorientierte Thema "Soziale Marktwirtschaft" (48 Prozent) im Vordergrund. Daneben betrachten wir das im Zeitverlauf immer mehr an Bedeutung gewinnende, ebenfalls eher positionsbezogene Thema "Energie- und Umweltpolitik" (19 Prozent), die "Agrarpolitik" (13 Prozent) und die "Allgemeine Wirtschaftspolitik" (20 Prozent). Bei den stärker positionsorientierten Themen im wirtschaftspolitischen Bereich waren die Unterschiede zwischen den Parteien weniger ausgeprägt als das bei den eher positionsorientierten Themen im Bereich der Staatspolitik der Fall war. Dennoch war erwartungsgemäß das Thema "Soziale Marktwirtschaft" bei der CDU (121) über- und bei der SPD (77) unterrepräsentiert. Die FDP hielt hier die Mittelposition (102). Das Thema "Energie- und Umweltpolitik" stellten die FDP (110) und die SPD (105) stärker heraus als die CDU (79). Auch dieses Ergebnis entspricht in etwa den Erwartungen. Festgehalten werden muß darüber hinaus die verhältnismäßig gleiche Beschäftigung der Parteien mit der "Agrarpolitik" (SPD 92; FDP 115; CDU 92) und der große Unterschied in der "Allgemeinen Wirtschaftspolitik" zwischen der SPD (155) einerseits und den beiden bürgerlichen Parteien andererseits (CDU 75; FDP 75). Die SPD hat also in ihren Wahlprogrammen die wirtschaftspolitischen Probleme eher allgemein und stärker unter infrastrukturellen Aspekten dargelegt als die FDP und die CDU.

In der Gesellschaftspolitik unterscheiden wir die positionsbezogenen Themen "Soziale Gemeinschaft" und "Wohlfahrtsstaat" sowie die eher generellen Themen "Arbeits- und Beschäftigungspolitik", "Bildungspolitik" und "Allgemeine Gesellschaftspolitik". Das Thema "Allgemeine Gesellschaftspolitik" umfaßt neben den allgemeinen Problemen der Gesellschafts- und Sozialordnung auch Probleme, die sich auf die Wohnungsbau- und Gesundheitspolitik beziehen. Es hat also, da nicht besonders trennscharf definiert, auch den Charakter einer Restkategorie. Die inhaltliche Bedeutung des Themas "Soziale Gemeinschaft" bedarf ebenfalls einer kurzen Erläuterung. Wir haben hier solche Probleme zusammengefaßt, die sich auf die Familie, den Genossenschaftsgedanken, das Subsidiaritätsprinzip, den sozialen Frieden, die nationale Harmonie und ähnliches beziehen. Sieht man vom Thema "Allgemeine Gesellschaftspolitik" (24 Prozent) ab, dann richtete sich die Aufmerksamkeit der Parteien in erster Linie auf die Themen "Wohlfahrtsstaat" (28 Prozent) und "Bildungspolitik" (23 Prozent). Die Themen "Arbeits- und Beschäftigungspolitik" (14 Prozent) und "Soziale Gemeinschaft" (11 Prozent) folgten erst mit beträchtlichem Abstand. Die Unterschiede zwischen den Parteien waren hinsichtlich des Gestaltungsprinzips "Soziale Gemeinschaft" am größten. In den Wahlprogrammen der CDU wurde dieses Thema knapp viermal so häufig behandelt wie in den Wahlprogrammen der SPD (54) und der FDP (54). Dies ist der größte Unterschied, den wir zwischen den drei Parteien insgesamt feststellen konnten. Das Ergebnis ist vor dem Hintergrund der Bedeutung der christlichen Soziallehre für die Programmatik der CDU

verständlich. Den "Wohlfahrtsstaat" stellten erwartungsgemäß die Sozialdemokraten (136) stärker heraus als die Christdemokraten (96) oder gar die Freien Demokraten (75). Die FDP legte demgegenüber sehr viel größeren Wert auf die Bildungspolitik (130) als die SPD (96) oder die CDU (74). In der "Arbeits- und Beschäftigungspolitik" ergaben sich keine prononcierten Unterschiede (SPD 93; FDP 107; CDU 93). Allen drei Parteien liegt an einem hohen Beschäftigungsgrad. Der Dissens besteht hinsichtlich der Mittel, mit denen die Parteien dieses Ziel erreichen wollen. Auch in der "Allgemeinen Gesellschaftspolitik" (SPD 87; FDP 117; CDU 100) sind die Unterschiede zwischen den Parteien nur wenig ausgeprägt. Faßt man zusammen, so waren auch im Bereich der Gesellschaftspolitik die programmatischen Positionen der Parteien klar erkennbar: Die SPD stand für den "Wohlfahrtsstaat", die FDP für die "Bildungspolitik" und die CDU für das Prinzip der "Sozialen Gemeinschaft".

In der Außenpolitik wurden die folgenden Themen unterschieden: die "Ost- und Deutschlandpolitik", die "Friedens- und Entspannungspolitik", die "West- und Bündnispolitik" und die "Allgemeine Außenpolitik". Die Kategorie "Allgemeine Außenpolitik" enthält auch das Thema Entwicklungsländerpolitik. Die "West- und Bündnispolitik" (36 Prozent) und die "Ost- und Deutschlandpolitik" (31 Prozent) waren unter den außenpolitischen Themen besonders häufig vertreten. Die "Friedens- und Entspannungspolitik" (17 Prozent) und die "Allgemeine Außenpolitik" (16 Prozent) wurden dagegen weniger angesprochen. Die relativ größten Unterschiede zwischen den Parteien bestanden beim Thema "Allgemeine Außenpolitik". Die FDP (131) räumte den allgemeinen außenpolitischen Problemen eine höhere Priorität ein als die SPD (100) oder die CDU (75). Die zweitgrößte Trennschärfe hatte das positionsbezogene Thema der "Friedens- und Entspannungspolitik". Bei diesem Thema standen sich die SPD (118) und die CDU (82) gegenüber. Die FDP (100) hielt die Mittelposition. Die ebenfalls positionsbezogene "West- und Bündnispolitik" und die "Ost- und Deutschlandpolitik" wurden von der CDU (111; 110) stärker hervorgehoben als von den beiden anderen Parteien (SPD 92; 100; FDP 97; 87) (s. Tabelle 4).

Im Durchschnitt der Jahre 1949 bis 1987 ergaben sich in den Bereichen der Staatspolitik und der Gesellschaftspolitik die klarsten programmatischen Profile. Es folgten die Wirtschaftspolitik und, als Bereich mit dem relativ höchsten Konsens zwischen den Parteien, die Außenpolitik. Beschreibt man die Parteien durch die von ihnen überproportional vertretenen Themen, so ergibt sich folgendes Bild:

SPD: "Allgemeine Wirtschaftspolitik" (155), "Wohlfahrtsstaat" (136), "Friedens- und Entspannungspolitik" (118), "Demokratie" (117), "Rechts- und Verfassungspolitik" (115), "Energie- und Umweltpolitik" (105) und "Allgemeine Staatspolitik" (103).

FDP: "Freiheit" (144), "Allgemeine Außenpolitik" (131), "Bildungspolitik" (130), "Demokratie" (125), "Allgemeine Gesellschaftspolitik" (117), "Agrarpolitik" (115), "Energie- und Umweltpolitik" (110), "Arbeits- und Beschäftigungspolitik" (107) und "Soziale Marktwirtschaft" (102).

CDU: "Soziale Gemeinschaft" (191), "Allgemeine Staatspolitik" (122), "Soziale Marktwirtschaft" (121), "Freiheit" (119), "West- und Bündnispolitik" (111) und "Ost- und Deutschlandpolitik" (110).

Tabelle 4: Themenbezogene Unterschiede zwischen den Parteien. Die über- und unterdurchschnittliche Herausstellung der einzelnen Themen

Politikbereiche und Themen	Ø %	SPD	FDP	CDU
Staatspolitik				
Allgemeine Staatspolitik	31=100	103	77	122
Freiheit	16=100	44	144	119
Demokratie	12=100	117	125	50
Rechts- und Verfassungspolitik	41=100	115	93	90
Wirtschaftspolitik				
Allgemeine Wirtschaftspolitik	20=100	155	75	75
Soziale Marktwirtschaft	48=100	77	102	121
Energie- und Umweltpolitik	19=100	105	110	79
Agrarpolitik	13=100	92	115	92
Gesellschaftspolitik				
Allgemeine Gesellschaftspolitik	24=100	87	117	100
Soziale Gemeinschaft	11=100	54	54	191
Wohlfahrtsstaat	28=100	136	75	89
Arbeits- und Beschäftigungspolitik	14=100	93	107	93
Bildungspolitik	23=100	96	130	74
Außenpolitik				
Allgemeine Außenpolitik	16=100	100	131	75
Ost- und Deutschlandpolitik	31=100	100	87	110
Friedens- und Entspannungspolitik	17=100	118	100	82
West- und Bündnispolitik	36=100	92	97	111

Insgesamt läßt dieser Befund den Schluß zu, daß - bei allen Gemeinsamkeiten - die unterschiedlichen Grundpositionen der betrachteten Parteien in den Wahlprogrammen deutlich zu erkennen waren. Dem Bürger standen also politisch bedeutsame Alternativen zur Wahl. Von einem Weg in den Einparteienstaat kann nicht die Rede sein. Dies gilt um so mehr, weil erste Analysen, die wir an anderer Stelle vorgelegt haben, darauf hindeuten, daß die Programmatik der Parteien und das tatsächliche Regierungshandeln in einem systematischen Zusammenhang stehen.

Natürlich muß auch bei diesem Ergebnis beachtet werden, daß wir Mittelwerte interpretieren, die alle Daten des Zeitraums von 1949 bis 1987 zusammenfassen. Die Stan-

dardabweichungen für die Mittelwerte sind dabei recht hoch, deuten also auf eine beträchtliche Streuung der einzelnen Werte um den Mittelwert hin. Das gilt besonders für die geringer besetzten Kategorien. Dennoch gibt es nur wenige Fälle, in denen das Gewicht der Themen mit der Variablen "Zeit" (Wahljahr) in statistisch signifikanter, systematischer Weise variiert. Dies ist für alle drei Parteien die "Energie- und Umweltpolitik" (SPD .84; FDP .87; CDU .76) und - nur für die FDP - das Freiheitsthema (.76) und die "Ost- und Deutschlandpolitik" (-.87). Die "Energie- und Umweltpolitik" gewinnt also im Zeitverlauf für alle Parteien an Bedeutung. Für die FDP nimmt die Bedeutung des Themas "Freiheit" zu, die Bedeutung des Themas "Ost- und Deutschlandpolitik" ab.

Tabelle 5: Themen und Trends 1949 - 1987

Politikbereiche und Themen	SPD r	FDP r	CDU r
Staatspolitik			
Allgemeine Staatspolitik	-.54	-.15	-.50
Freiheit	.11	.76	-.17
Demokratie	-.24	-.52	-.09
Rechts- und Verfassungspolitik	.45	.05	.50
Wirtschaftspolitik			
Allgemeine Wirtschaftspolitik	-.51	-.53	-.29
Soziale Marktwirtschaft	-.28	-.37	-.24
Energie- und Umweltpolitik	.84	.87	.76
Agrarpolitik	-.23	-.28	-.14
Gesellschaftspolitik			
Allgemeine Gesellschaftspolitik	-.40	-.44	-.62
Soziale Gemeinschaft	-.14	-.01	-.03
Wohlfahrtsstaat	.02	.21	.46
Arbeits- und Beschäftigungspolitik	.37	.06	-.13
Bildungspolitik	.19	.30	.31
Außenpolitik			
Allgemeine Außenpolitik	.20	.47	.67
Ost- und Deutschlandpolitik	-.55	-.87	-.16
Friedens- und Entspannungspolitik	.37	.74	-.20
West- und Bündnispolitik	.02	-.18	-.15

Bei Vollerhebungen mit geringen Fallzahlen ist umstritten, ob die Interpretation Signifikanzüberlegungen folgen soll. Geht man vom Kriterium der statistischen Signifikanz ab, dann kann man die folgenden, alle drei Parteien mehr oder weniger stark erfassenden, Trendaussagen machen:

1. Im Bereich Staatspolitik nimmt die Bedeutung der "Rechts- und Verfassungspolitik" zu, die des "Demokratiethemas" und der "Allgemeinen Staatspolitik" dagegen ab. Dies rührt in erster Linie daher, daß die Probleme der Schaffung demokratischer Institutionen und die Lösung anderer ordnungspolitischer Fragen, denen zu Beginn der Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland ein hoher Stellenwert zukam, nach deren Abschluß weniger im Vordergrund des öffentlichen Interesses gestanden haben. Der Handlungsbedarf war kleiner geworden. Dieser Umstand spiegelt sich auch in den Wahlprogrammen der Parteien wider.
2. Im Bereich Wirtschaftspolitik drängt die "Energie- und Umweltpolitik" alle übrigen Themen in den Hintergrund.
3. Im Bereich Gesellschaftspolitik nimmt die Bedeutung der "Bildungspolitik" zu, die der "Allgemeinen Gesellschaftspolitik" ab. Dieser Befund wird verständlich, wenn man die wachsende Bedeutung der Bildung für das Beschäftigungssystem bedenkt und beachtet, daß die Grundsatzentscheidungen hinsichtlich der Gesellschafts- und Sozialordnung im wesentlichen in der ersten Nachkriegsphase gefallen sind. Ähnliches gilt, bedenkt man die zweite inhaltliche Komponente des Themas "Allgemeine Gesellschaftspolitik", für die Dringlichkeit des Problems, die Bevölkerung mit Wohnungen zu versorgen.
4. In der Aussenpolitik nimmt das Gewicht der "Ost- und Deutschlandpolitik" ab. Verantwortlich dafür ist im wesentlichen der Rückgang der Beschäftigung mit dem Problem der Wiedervereinigung Deutschlands, das in den frühen Wahlprogrammen eine große Aufmerksamkeit beanspruchte.

Diese Trends sind nicht nur plausibel, sie bilden auch den sich verändernden Problemhaushalt der Bundesrepublik Deutschland ab. Wir müssen also davon ausgehen, daß sich das Gewicht der Themen in den Wahlprogrammen der Parteien im Zeitverlauf verschoben hat. Eine Prozeßanalyse dieser Entwicklung ist geboten und wird sicherlich nicht ohne Ertrag bleiben. Wir haben jedoch zunächst der hier präsentierten Betrachtung von Strukturen, der zusammenfassenden Herausarbeitung der Grundmuster der Programmatik der Parteien, Priorität gegeben. Vor ihrem Hintergrund werden sich auch die Veränderungen leichter interpretieren lassen (s. Tabelle 5).

6. Politikdistanzen und Koalitionspotentiale

In diesem Abschnitt werden die programmatischen Profile der drei Parteien miteinander in Beziehung gesetzt. Es werden die Themen bestimmt, die die Parteien in besonderer Weise voneinander getrennt oder miteinander verbunden haben. Das Ergebnis ist für koalitionstheoretische Überlegungen relevant, wenn man unterstellt, daß Koalitionspotentiale zwischen den Parteien auch unter dem Aspekt Politikdistanz bestimmt werden können. Dabei soll gelten: je geringer die Politikdistanz, desto größer die Wahrscheinlichkeit einer Koalition.

Für die Berechnung der Politikdistanzen ziehen wir die in Tabelle 4 mitgeteilten Zahlen heran. Die Vorgehensweise bei der Berechnung dieser Werte haben wir unter

Gliederungspunkt 5 ausführlich dargelegt. Das Maß ermöglicht einen unmittelbaren Vergleich der über- oder unterproportionalen Behandlung der Themen durch die Parteien, bezogen auf den jeweiligen Gesamtmittelwert der Häufigkeitsverteilung der einzelnen Themen. Damit wird auch bei der Ermittlung der Politikdistanzen der Effekt der unterschiedlichen Häufigkeitsverteilungen der Themen ausgeschaltet. Dies akzentuiert die Politikpositionen der Parteien, soweit Positionen von den hier unterschiedenen Themen überhaupt erfaßt werden. Die Häufigkeit, mit der eine Partei ein Thema in ihrem Wahlprogramm behandelt, gibt - so unsere These - Auskunft über die Wichtigkeit, die die Partei dem Thema beimißt. Wie oft ein Thema behandelt wird, ist aber auch für das Koalitionspotential von Belang. So kann zum Beispiel die Zurückstellung kontroverser Themen und das Hervorheben konsensualer Themen die politische Distanz zwischen zwei Parteien verbessern. Wir werden aus diesem Grunde die gefundenen Distanzen abschließend unter Hinzuziehung der Häufigkeitsverteilung interpretieren.

Tabelle 6: Themenbezogene Politikdistanzen zwischen den Parteien
(Durchschnittswerte 1949 - 1987)

	SPD/FDP	CDU/FDP	SPD/CDU
Allgemeine Staatspolitik	26	45	19
Freiheit	100	25	75
Demokratie	8	75	67
Rechts- und Verfassungspolitik	22	3	25
Allgemeine Wirtschaftspolitik	80	0	80
Soziale Marktwirtschaft	25	19	44
Energie- und Umweltpolitik	5	31	26
Agrarpolitik	23	23	0
Allgemeine Gesellschaftspolitik	30	17	13
Soziale Gemeinschaft	0	137	137
Wohlfahrtsstaat	61	14	47
Arbeits- und Beschäftigungspolitik	14	14	0
Bildungspolitik	34	56	22
Allgemeine Außenpolitik	31	56	25
Ost- und Deutschlandpolitik	13	23	10
Friedens- und Entspannungspolitik	18	18	36
West- und Bündnispolitik	5	14	19

Die aus Tabelle 4 errechneten Politikdistanzen nehmen Werte an, die zwischen 0 (keine Distanz) und 137 liegen. Sie sind in Tabelle 6 für jede der zwischen den drei Parteien möglichen Zweierkonstellationen dargestellt. Sieht man von den "Allgemeinen" Themen

der Politikbereiche ab, dann waren es die folgenden sechs Themen, die die Parteien am stärksten voneinander getrennt haben (Kriterium: Distanz größer/gleich 40): "Soziale Gemeinschaft", "Freiheit", "Demokratie", "Wohlfahrtsstaat", "Bildungspolitik" und "Soziale Marktwirtschaft". Die Themen, die den Gestaltungsprinzipien der großen Politikbereiche am nächsten kommen, waren es also, die sich in besonderer Weise als distanzgenerierend erwiesen haben.

Betrachtet man die jeweiligen Zweierkonstellationen, dann unterschieden sich SPD und CDU in der Betonung der Themen "Demokratie" und "Wohlfahrtsstaat", die die SPD herausgehoben hat, und der Themen "Soziale Gemeinschaft", "Freiheit" und "Marktwirtschaft", die die CDU herausstellte. Die SPD und die FDP wurden durch die Themen "Wohlfahrtsstaat" und "Freiheit" am stärksten voneinander getrennt. "Soziale Gemeinschaft", "Demokratie" und "Bildungspolitik" waren die drei Themen, in denen sich die CDU und die FDP am meisten voneinander unterschieden haben. Dieses Ergebnis entspricht den Erwartungen. Es gewinnt an Bedeutung, weil sich auch für alle Dreierkonstellationen ein klares Muster der Politikdistanzen zwischen den Parteien ergab: In jedem Falle gab es zwei Parteien, die durch eine große, und zwei Parteien, die durch eine relativ kleine Politikdistanz voneinander getrennt waren. Die Distanzmuster können vereinfacht wie folgt dargestellt werden:

CDU (191)		"Soziale Gemeinschaft"	SPD (54)	FDP (54)
FDP (144)	CDU (119)	"Freiheit"		SPD (44)
FDP (125)	SPD (117)	"Demokratie"		CDU (50)
SPD (136)		"Wohlfahrtsstaat"	CDU (89)	FDP (75)
FDP (130)		"Bildungspolitik"	SPD (96)	CDU (74)
CDU (121)	FDP (102)	"Soziale Marktwirtschaft"		SPD (77)

Bei den Themen "Freiheit", "Soziale Marktwirtschaft" und "Wohlfahrtsstaat" stimmten die CDU und die FDP weitgehend miteinander überein. Die Behandlung der Themen "Soziale Gemeinschaft" und "Demokratie" brachte die SPD und die FDP einander näher. Nur im Falle "Bildungspolitik" gab es eher eine Große Koalition: Die SPD und die CDU stellten das Thema im Vergleich zur FDP weniger stark heraus. Diese Themen trennen also nicht nur, sie führen auch zusammen.

Zur Bestimmung des Koalitionspotentials gehören natürlich auch die Themen, bei denen der Konsens zwischen den Parteien besonders ausgeprägt war. Setzt man als Kriterium eine Distanz von kleiner/gleich 20, so finden wir zunächst einmal die folgenden "Dissensthemen" auch unter den "Konsensthemen" wieder: "Soziale Gemeinschaft" (SPD-FDP=0), "Demokratie" (SPD-FDP=8), "Soziale Marktwirtschaft" (CDU-FDP=19) und "Wohlfahrtsstaat" (CDU-FDP=14). Die Dissensthemen "Freiheit" (CDU-FDP=25) und "Bildungspolitik" (FDP-SPD=34) lagen nur knapp außerhalb des gewählten Konsenskriteriums. Bei den anderen Konsensthemen handelte es sich um drei außenpolitische Themen (die "Ost- und Deutschlandpolitik", die "Friedens- und Entspannungspolitik" und die "West- und Bündnispolitik"), zwei wirtschaftspolitische The-

men (die "Energie- und Umweltpolitik" und die "Agrarpolitik") sowie ein gesellschaftspolitisches Thema (die "Arbeits- und Beschäftigungspolitik").

Betrachtet man die Dreierkonstellationen, so bestand in der "Arbeits- und Beschäftigungspolitik" sowie in der "West- und Bündnispolitik" ein hoher Grad an Konsens zwischen allen drei Parteien. Bei vier der übrigen fünf Themen wiederholte sich das bereits für die Dissensthemen festgestellte Muster, und beim Thema "Friedens- und Entspannungspolitik" waren die Abstände zwischen den drei Parteien gleich.

FDP (107)	SPD (92)	SPD (92)	"Arbeits- und Beschäftigungspolitik"		
CDU (111)	FDP (97)	SPD (92)	"West- und Bündnispolitik"		
CDU (110)	SPD (100)		"Ost- und Deutschlandpolitik"		FDP (87)
FDP (115)			"Agrarpolitik"	SPD (92)	CDU (92)
SPD (115)			"Rechts- und Verfassungspolitik"	FDP (93)	CDU (90)
FDP (110)	SPD (105)		"Energie- und Umweltpolitik"		CDU (79)
SPD (118)	FDP (100)	CDU (82)	"Friedens- und Entspannungspolitik"		

Unter den 13 spezifisch definierten Themen unseres Klassifikationsschemas gab es also zehn, die relativ eindeutig Zweierkoalitionen nahelegen. In vier Fällen war eine CDU/FDP-Koalition, in drei Fällen eine SPD/FDP-Koalition und in weiteren drei Fällen eine CDU/SPD-Koalition wahrscheinlich:

- CDU/FDP-Konsens: "Freiheit" (+), Soziale Marktwirtschaft (+), "Wohlfahrtsstaat" (-) und "Rechts- und Verfassungspolitik" (-).
- SPD/FDP-Konsens: "Soziale Gemeinschaft" (-), "Demokratie" (+), "Energie- und Umweltpolitik" (+).
- CDU/SPD-Konsens: "Bildungspolitik" (-), "Ost- und "Deutschlandpolitik" (+), "Agrarpolitik" (-).

Als Zwischenergebnis kann man festhalten, daß unter dem Aspekt Politikdistanzen Chancen für jede Art von Zweierkoalitionen bestanden haben. Aber auch bei diesem Befund muß darauf hingewiesen werden, daß wir wiederum die Durchschnittswerte für die gesamte Periode zwischen 1949 und 1987 interpretiert haben.

Das zugrundegelegte Distanzmaß vernachlässigt - das hatten wir zu Beginn erläutert - die unterschiedlichen Häufigkeitsverteilungen der Themen. Nun kann angenommen werden, daß der Grad des öffentlichen Interesses an einem politischen Thema für koalitionspolitische Überlegungen von Bedeutung ist. Konsensbereiche, die in der politischen Tagesordnung weit oben stehen, werden die entsprechenden Parteien enger zueinander bringen als solche, die kaum Beachtung finden. In Tabelle 7 sind die neun Themen, die wir unter dem Aspekt möglicher Zweierkonstellationen besonders herausgearbeitet haben, nach ihrer durchschnittlichen Wichtigkeit für die drei Parteien geordnet.

Tabelle 7: Wichtigkeit der Themen und Koalitionspotential

Ø	Thema	Koalitionspotential	
12.1	Wohlfahrtsstaat	CDU - FDP	(-)
11.3	Marktwirtschaft	CDU - FDP	(+)
9.3	Bildungspolitik	CDU - SPD	(-)
6.6	Ost- und Deutschlandpolitik	CDU - SPD	(+)
5.6	Rechts- und Verfassungspolitik	CDU - FDP	(-)
4.5	Energie- und Umweltpolitik	SPD - FDP	(+)
3.6	Soziale Gemeinschaft	SPD - FDP	(-)
3.4	Agrarpolitik	CDU - SPD	(-)
2.4	Freiheit	CDU - FDP	(+)
1.7	Demokratie	SPD - FDP	(+)

Das Ergebnis zeigt, daß die Chance der CDU-FDP Koalition nicht nur durch die relativ größte Anzahl der Themen, sondern auch durch ihr besonderes Gewicht im betrachteten Zeitraum hoch war. Zwei der vier Themen standen an der Spitze der Politikagenda. Im Gegensatz dazu wurde die Möglichkeit einer SPD-FDP Koalition durch die Wichtigkeit der Themen, in denen diese beiden Parteien eher übereinstimmten, nicht in gleicher Weise gefördert. Auch zu diesem Ergebnis muß gesagt werden, daß die dynamische Analyse noch aussteht. Vieles deutet darauf hin, daß sich durch eine Veränderung der Themenwichtigkeiten (z.B. in der Energie- und Umweltpolitik und in der Sozialen Marktwirtschaft) auch die Koalitionspotentiale verändert haben.

7. Zusammenfassung

In diesem Beitrag wollten wir drei Fragen beantworten: 1. die Frage nach der Agenda der bundesdeutschen Politik, 2. die Frage nach der politischen Alternative der Bürger und 3. die Frage nach den Koalitionspotentialen zwischen den drei etablierten Parteien der Bundesrepublik Deutschland. Als Methode für die empirische Bearbeitung wurde eine Analyse der Wahlprogramme dieser Parteien gewählt. Der Befund hat ergeben, daß es in den Programmen in erster Linie um die Lösung von Problemen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ging, daß sich die Parteien in ihrer Programmatik deutlich voneinander unterschieden, und daß das Koalitionspotential für eine Koalition der CDU und der FDP deutlich höher war als das für eine Koalition zwischen SPD und FDP.